Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877 — „Aus den Tannen" — Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamezeile 35 Goldpf. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 239 | Altensteig, Freitag den 10 Oktober. | Jahrgang 1924

Der Sturz Macdonalds.

Ueber eine Kleinigkeit ist die englische Arbeiterregierung in der Nacht zum Donnerstag zu Fall gekommen. Ein kommunistischer Schriftsteller, der Kriegsinvalide Campbell, hatte in einem kommunistischen Wochenblatt vor langer Zeit einen Artikel geschrieben, der die englischen Soldaten zum Ungehorsam auffordert. Der Prozeß gegen diesen wurde aber durch das Eingreifen des Generalstaatsanwalts und des Ministerpräsidenten Macdonald aus politischen Gründen eingestellt. Das war der äußere Anlaß zum Mißtrauensvotum der oppositionellen Konservativen, das aber abgelehnt wurde. Die Liberalen, mit deren Unterstützung seither die Arbeiterregierung überhaupt arbeiten konnte, forderten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, was aber von Macdonald von vornherein als eine Beleidigung der Regierung aufgefaßt wurde. Dieser liberale Antrag brachte dann den Sturz des Kabinetts Macdonald, wobei augenblicklich noch nicht feststeht, wenn die Auflösung des Unterhauses und die Neuwahlen stattfinden sollen. Man nimmt aber an, daß dies Mitte November vor sich geht.

Die **tieferen Gründe** zu diesen Vorgängen sind freilich anderer Natur. Die **außenpolitischen Schwierigkeiten** für die Arbeiterregierung Englands mehrten sich in den letzten Tagen überraschend stark. Der englisch-russische Vertrag bringt keine für England befriedigende Regelung. Die Verhandlungen mit Aegypten sind gescheitert, in Arabien gärt es, mit der Türkei sind neue Streitigkeiten über das Mossulgebiet im Gange. Die englischen Dominions melden sich gegen Madonalds Außenpolitik, namentlich auch gegen gewisse Völkerbundsbeschlüsse. Auch in der inneren Politik stehen neue Schwierigkeiten mit Irland bevor. Dazu kommt noch die merkwürdige Aktienangelegenheit, in die Macdonald verwickelt ist. Ein Fabrikant hat Macdonald Aktien zur Unterhaltung eines Daimler-Autos zur Verfügung gestellt. Macdonald nahm an und hat bald darauf den Geber geadelt. Sehr merkwürdig für einen Ministerpräsidenten einer Arbeiterregierung! Dennoch bleibt der Sturz Macdonalds, der in der europäischen Politik mehr Erfolge erzielte als alle seine Vorgänger, vom deutschen Standpunkt aus zu bedauern.

Wie der Fall vor sich ging.

London, 9. Okt. Die Abstimmung im Unterhaus, die nach neunstündiger Beratung nachts einhalb 2 Uhr stattfand, ergab die **Niederlage der Regierung.** Der konservative Antrag wurde mit 359 gegen 198 Stimmen verworfen. Der **liberale** Antrag aber, der auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ging, ist darauf mit 364 gegen 198 Stimmen **angenommen** worden. Bekanntlich hatte die Regierung Macdonald die Annahme des liberalen Antrags ebenfalls als ein beleidigendes Mißtrauen gekennzeichnet. Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Der frühere Schatzkanzler Sir Robert **Horne** begründete den Antrag der Unionisten, in dem die Regierung gegen den „Worker Weekly" getadelt wird. Er erklärte, wenn die Ausfüllung der Gesetze erst der politischen Zweckmäßigkeit untergeordnet werde, würde die Gerechtigkeit überhaupt verschwinden. Daß der oberste Gerichtshof für Parteiinteressen benutzt werde sei der Vorwurf gegen die Regierung.

Generalstaatsanwalt **Hasting** gab dem Hause im einzelnen Aufklärung über jede Person, die mit diesem Fall von Anfang an bis zum Ende in Verbindung gestanden habe. Er sagte, wenn er morgen dasselbe zu tun hätte, was er getan habe, würde er genau so verfahren. Als er das erstemal von dem **aufrührerischen Artikel** durch den Staatsanwalt gehört habe, wobei der Name Campbell noch nicht erwähnt wurde, habe er den Staatsanwalt angewiesen, zu untersuchen, von wem der Artikel stamme und den Protest einzuleiten, sobald dies genügend erforscht sei. Als er hörte, daß Campbell verhaftet wäre, habe er sich selbst um die weitere Untersuchung gekümmert. Er habe sich auch vom Abg. Maxton unterrichten lassen, daß Campbell im Kriege, den er von Anfang an mitmachte, beide Beine verloren habe. „Sollte man mit dem ganzen Gewicht der Regierung einen Protest gegen einen Mann durchführen, der als Kriegskrüppel ohne Beine auf die Anklagebank humpelt?" Der Generalstaatsanwalt verlas eine Erklärung der Strafvollzugsbeamten, mit denen er über den Fall konferiert hat. Die Erklärung bezweifelt, daß Campbells Artikel eine Aufreizung zur Meuterei der Soldaten sei und gab an, daß die Strafverfolgung lediglich der kommunistischen Agitation dienen würde. Zu dieser Besprechung sei dann Macdonald gekommen und habe geäußert, daß die Strafverfolgung von Anfang an eine bedenkliche Maßnahme gewesen sei. Der Generalstaatsanwalt frug am Schluß das Haus, was er denn nach dieser Lage der Dinge für ein Unrecht begangen habe? Das Kabinett habe mit seinem Entschluß nichts zu tun.

Nach Hasting begründete Sir **John Simon** den **Antrag der liberalen Partei** auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der näheren Umstände, unter denen die Strafverfolgung eingestellt wurde. Simon erklärte, es handle sich um eine sehr ernste **Verletzung der englischen Rechtstradition**, da zweifellos feststehe, daß vor der Einstellung des Strafverfahrens zwischen dem Generalstaatsanwalt und Mitgliedern des Kabinetts politische Erwägungen angestellt worden seien und daß nicht weniger als zwei Unterredungen des Premierministers mit dem Generalstaatsanwalt stattgefunden hätten. Es sei der liberalen Partei gleichgültig, in welcher Form die Untersuchung erfolge, unter der Voraussetzung, daß alle Umstände, die zur Einstellung des Strafverfahrens geführt hätten, klar gestellt würden und die Minister für ihr Verhalten getadelt werden, denn sie hätten die Rechtspflege der Verachtung preisgegeben.

Anschließend an Simon ergriff **Macdonald** das Wort. Er erklärte, daß die Arbeiterregierung nicht weniger besorgt sei um die Rechtmäßigkeit ihrer Handlungen als jede andere Regierung. Es stehe aber aktenmäßig fest, daß unter anderen Regierungen die Durchführung von Strafverfolgungen gleichfalls von politischen Erwägungen abhängig gemacht worden sei. Weder er noch das Kabinett hätten persönliche Erwägungen bei der Entscheidung über die Strafverfolgung von Einfluß sein lassen. „Ich weiß", fuhr Macdonald fort, „daß der Artikel des Kommunisten eine Verletzung des Gesetzes darstellt, aber es handelt sich um eine Gesetzesverletzung, die man unter Umständen straffrei durchgehen lassen muß, wenn, wie in diesem Fall, die Durchführung des Strafverfahrens nur eine große Reklame für die Kommunisten bedeutet hätte. Wir sind bereit, so gut es in unseren Kräften steht, die Regierung weiter zu führen, bedürfen aber dazu eines Mindestmaßes parlamentarischen Vertrauens. Wenn einer der beiden Anträge, die jetzt vorliegen, angenommen werden sollte, werden wir daraus die Konsequenzen ziehen im Bewußtsein, daß, wenn das Volk Gelegenheit gehabt hat, über unser Regime sein Urteil zu sprechen, wir wieder kommen werden."

Asquith wehrte sich gegen die Vorwürfe. Man solle die Untersuchung ruhig ihren Gang gehen lassen; er hoffe, daß Macdonald nicht gegen jede Art der Untersuchung die Türe geschlossen habe. **Macdonald** bemerkte darauf, daß sein Entschluß unabänderlich sei und die Türe geschlossen wäre. **Asquith** bedauerte das sehr. **Baldwin** sagte, daß die Ausführungoen Macdonalds ein genügend klares Eingeständnis der Regierung seien und tatsächlich politische Rücksichten eine große Rolle in dieser Affäre gespielt hätten.

*

Auflösung des englischen Parlaments.

London, 9. Okt. Der König genehmigte die Auflösung des Unterhauses.

England steht somit vor Neuwahlen. Die politischen Kämpfe werden schwer werden.

Englische Stimmen.

London, 9. Okt. „Daily Herald" schreibt: Auf in den Kampf! Die Würfel sind gefallen. „Daily Chronicle" schreibt: Weder die Niederlage noch die Auflösung wurde der Regierung aufgezwungen. Ihr wurde Gelegenheit gegeben, beides zu vermeiden. Aus besonderen Gründen zog sie jedoch vor, dem Lande die drittmaligen Neuwahlen innerhalb zweier Jahre aufzuerlegen. So ende die Periode der Zusammenarbeit zwischen den **Liberalen und der Arbeiterpartei.** Das Experiment war ein **Mißerfolg.** Auch die „Westminster Gazette" ist der Ansicht, daß die Regierung ihre Niederlage herausforderte.

Französische Stimmen.

Paris, 9. Okt. Die Niederlage des Kabinetts Macdonald wird von den Blättern lebhaft erörtert. So schreibt das „Echo de Paris", die Konservativen und Liberalen hätten Macdonald das Werk ausführen lassen sollen, dessen Erfüllung sie wünschen, ohne das sie selbst die Verantwortung übernehmen wollten. Aber sie entdeckten jetzt, daß Macdonald, wenn er das Programm ausführe, das ihren egoistischen Absichten entspräche, damit mindestens ebenso sehr den Interessen seiner Partei diene. Sie besorgten, daß die gesamte soziale Ordnung bedroht sei und jagten deshalb Macdonald fort. — „Petit Journal" vertritt den Standpunkt, daß es der antisozialistischen Koalition, deren Schützer Winston Churchill sei, gelang, die **Einheit der bürgerlichen Parteien** gegen die Arbeiterpartei zu verwirklichen.

Zur Regierungserweiterung.

Ueber die Stellungnahme der Fraktionen zu den Richtlinien des Reichskanzlers wird weiter berichtet:

Die Fraktion der **Deutschen demokratischen Partei** hat einmütig folgende Entschließung angenommen:

„Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei **hält eine Aenderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für erwünscht.** Die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung eingeleitet wird, und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordert zurzeit die **Vermeidung einer Regierungskrise.** Sollte eine Aenderung der Zusammensetzung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen, dann würden wir gemäß dem Vorschlage des Kanzlers **einer nach rechts und links erweiterten Regierung unsere Unterstützung nicht versagen.**"

*

Ueber die Entscheidung der **sozialdemokratischen Fraktion** wird mitgeteilt:

„Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer heutigen Sitzung die bisherige **Haltung ihrer Unterhändler einmütig gebilligt** und hat sie ermächtigt, in demselben Sinne **weiter zu verhandeln.**"

Ergänzt wird dies durch ein **Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler,** das sich eingehend mit den „Richtlinien" beschäftigt und das im einzelnen folgendes feststellt: In dem Absatz 1 der Richtlinien, der von dem Schutz der Reichsverfassung handelt, sei **das Wort „Republik"** vermieden worden. Da der Führer der Mehrheit der deutschnationalen Fraktion, Schlange-Schöningen, vor kurzem noch für die Rückführung der Monarchie öffentlich Propaganda gemacht habe, müsse jede Partei, die in die Reichsregierung einbezogen werden wolle, in der **Frage der Staatsform** einer ganz unzweideutigen Fassung des Regierungsprogramms zustimmen. Hinsichtlich der Außenpolitik komme es nach Ansicht der Sozialdemokratischen Partei jetzt darauf an, vor aller Welt klarzustellen, daß sich die Reichsregierung auf die **Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Kabinetts Marx** festlege. Die sozialdemokratische Fraktion nehme an, daß der **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund** so schnell als möglich erfolgen werde. Das Programm der Reichsregierung müsse ferner die **Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag** enthalten. Bezüglich der **Steuer-, Wirtschafts- und Handelspolitik** wird in dem Brief bemerkt, daß die zum Schutze der menschlichen Arbeitskraft und zur Hebung der Konsumkraft der breiten Volksmassen zu treffenden Maßnahmen vor Abfassung der Regierungserklärung **genauerer Präzisierung** bedürfen. Der Brief schließt mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß sich die sozialdemokratischen Wünsche in dem Rahmen des Programms des Reichskanzlers erfüllen lassen.

*

Die Richtlinien sind also **von keiner Seite abgelehnt worden,** aber es hat sich doch gezeigt, daß sie nicht ausreichen, um darauf den großen Regierungsblock von Westarp bis Wels zu fundieren. Der „Lokalanzeiger" hat ganz recht, wenn er meint, daß die Richtlinien keinen Fingerzeig dafür bieten, was das Kabinett denn eigentlich für Politik machen wolle, da so ziemlich jede mögliche Politik damit gerechtfertigt werden könne. Nur die Regierungsparteien haben keine ergänzenden Fragen gestellt. Dagegen ist, wie zu erwarten war, von den Sozialdemokraten wie von den Deutschnationalen noch keine **Ergänzung des Programms verlangt worden.** Man hat sich bei den beiden Flügelparteien bemüht, dafür Formulierungen zu finden, auf die die Regierung nicht gut nein, die Gegenpartei aber umso schwerer ja sagen kann. Der Zweck bei diesem Spiele ist natürlich, womöglich die Regierung auf eine solche Formulierung festzulegen, die es der anderen Flügelpartei unmöglich macht, einer Blockbildung beizutreten. „Mit diesem taktischen Verfahren kann man noch jahrelang verhandeln, wenn es sein muß, ohne vom Fleck zu kommen. Wir fürchten, Herr Marx wird bald einsehen müssen, daß er alle Aussicht hat, der Leidtragende dabei zu werden", sagt die „Frankfurter Ztg.".

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neues vom Tage.

Die Probefahrt des Z.R.3

Friedrichshafen, 9. Okt. Z.R.3 ist am Donnerstag früh 8.25 Uhr im Beisein einer großen Menschenmenge zu seiner letzten Probefahrt bei klarem Wetter aufgestiegen. Z.R.3 ist um 10.30 Uhr von seiner Probefahrt zurückgekehrt und in die Halle verbracht worden.

Die zweistündige Probefahrt erstreckte sich auf das Bodenseegebiet bis Konstanz und über Ueberlingen. Die Fahrt ist durchaus zur Zufriedenheit der Leitung verlaufen. Die Motoren haben einwandfrei gearbeitet.

Schwierigkeiten der Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 9. Okt. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind seit zwei Tagen unterbrochen. Die Zwischenzeit wird zur Konferenz zwischen Staatssekretär Trendelenburg und den beiden französischen Hauptunterhändlern benutzt. Beide Parteien erklärten, daß die privaten Besprechungen außerordentlich förderlich seien und daß man die gegenseitigen Standpunkte bereits ein gutes Stück angenähert habe.

Die Reform der Lehrerbildung.

Berlin, 9. Okt. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, beschloß das preußische Staatsministerium, daß künftig die Volksschullehrer und Lehrerinnen ihre allgemeine wissenschaftliche Ausbildung auf höheren Lehranstalten erhalten sollen. Der Eintritt in die pädagogische Ausbildung setzt künftig die Ablegung einer Reifeprüfung an einer 9stufigen höheren Lehranstalt voraus. Ueber die Gestaltung der pädagogischen Ausbildung, die jedenfalls nicht auf einer Universität erfolgen soll, wird das Staatsministerium noch weitere Beschlüsse fassen. (Auch die anderen deutschen Staaten werden die Reform analog durchführen. D. Red.)

Entwaffnung in Dänemark.

Kopenhagen, 9. Okt. Im Folkething brachte der Finanzminister den Haushaltsplan für 1925—26 ein, der mit 369 Millionen Kronen bilanziert und einen Ueberschuß von zirka 8 Millionen aufweist. Der Verteidigungsminister legte ein Gesetz über die **Entwaffnung der Armee und Marine** vor. Das Kriegs- und das Marineministerium sollen danach aufgehoben werden. Ebenso die obligatorische Militärdienstpflicht. Alle Befestigungen sollen niedergelegt werden. Die Fabriken und andere Einrichtungen des Heeres und der Marine sollen als zivile Unternehmungen des Staates Verwendung finden. Als Ersatz für die Armee wird ein Polizeikorps errichtet werden, das die Grenzgendarmerie, Zollverwaltung und Polizei in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unterstützen soll. Als Ersatz für die Marine wird eine staatliche Küstenwache zum Schutze der dänischen Gewässer und zur Aufrechterhaltung der nationalen Interessen in diesen Gewässern errichtet werden.

Zur Aufwertungsfrage.

Berlin, 9. Okt. Im Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstages wurde der Vorschlag Fleischer für die Inangriffnahme einer sofortigen **Verzinsung der Reichsanleihe** behandelt. Seitens des **Reichsfinanzministeriums** wurden gegen den Fleischerschen Antrag folgende Bedenken geäußert: Es verstößt gegen die Hauptgrundsätze einer gesunden Finanzwirtschaft, neue Schulden einzugehen, lediglich um damit die Zinsen der alten Schulden zu bezahlen. Eine solche Maßnahme müßte durch die ständige Vermehrung der ungedeckten Zinsenlast des Reiches dessen Finanzlage wesentlich verschlechtern. Ein Verkauf der eingezogenen Anleihewerte und die darin liegende Ausgabe einer neuen Anleihe würde sich nur durchführen lassen wenn der Geldmarkt sich genügend verflüssigt habe, eine neue Anleihe aufnehmen zu können. Diese Voraussetzung liegt zurzeit nicht vor. Ob sie in naher Zeit eintreten wird, läßt sich nicht übersehen. Es würde die Interessen des Reiches aufs schwerste schädigen, wenn die Aufnahmefähigkeit vorweg für Aufwertungszwecke in Anspruch genommen würde. Die in dem Antrage ausgesprochene Annahme, daß durch die Verzinsung der deutschen Wirtschaft neue bewegliche Mittel zugeführt würden, ist irrig. Der Erfolg würde nur der sein, daß diese Mittel statt in die von der Produktion benötigten Kanäle zu fließen, den Konsumenten zugeführt würden, also der Produktion ihre natürlichen Hilfsquellen entzogen würden. Namhafte Beträge der deutschen Anleihen, die auf viele Milliarden geschätzt werden können, flossen in das Ausland. Es ist nicht anzunehmen, daß die ausländischen Gläubiger der Aufforderung, drei Viertel ihres Bestandes an das Reich abzuliefern, um auf das letzte Viertel eine geringe Verzinsung zu erhalten, nachkommen würden. Bleiben sie aber im Besitze ihrer bisherigen Anleihestücke, so bleibt die Gefahr bestehen, daß sie später mit Ansprüchen aus diesen Stücken gegen das Reich hervortreten. Der Antrag Fleischer wäre also nicht geeignet, dieser Gefahr vorzubeugen.

Spanien in Marokko.

Madrid, 9. Okt. Der amtliche Bericht meldet: Die spanischen Operationen in Marokko sind augenblicklich zum Stillstand gekommen. Die feindlichen Angriffe dauern an. „A.B.C." veröffentlicht eine Erklärung Primo de Riveras, worin er darlegt, daß die feindlichen Streitkräfte stark seien und durch neue aufständische Stämme fortwährend verstärkt würden. Er selbst werde vor dem Abschluß der Operationen nicht nach Spanien zurückkehren, weil die Anwesenheit des Chefs des Direktoriums zur Hebung der Moral bei der Truppe notwendig sei. Die Verbindung von Tetuan nach Tanger, Larache und Alcazar sei normal.

Auch Kanada will einen Handelsvertrag.

London, 8. Okt. Reuter meldet: Kanada habe Meistbegünstigungsverträge mit Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Frankreich und Italien abgeschlossen. Angesichts seines stark zunehmenden Handels mit Deutschland sei es nötig, daß Verhandlungen über ein Handelsvertragsabkommen mit Deutschland aufgenommen werden. Endgültige Schritte seien jedoch noch nicht getan worden.

Die Anleihe für Deutschland.

Brüssel, 9. Okt. Brüsseler und Antwerpener Bankiers prüften die Modalitäten ihrer Beteiligung an der Ausgabe der internationalen Anleihe. Der ihnen zugedachte Anteil wurde fest übernommen. Das gezeichnete Kapital wird zu 7 Prozent verzinst und die Anleihe wird zum Kurs von 92 ausgegeben werden.

Die guten Anleihe-Aussichten.

Neuyork, 9. Okt. Nach der „Newyork Times" sind die **Vorbereitungen für die Zeichnung der deutschen Anleihe tatsächlich beendet**. Ein Syndikat unter der Führung von Morgan u. Co., Kuhn, Loeb u. Co., der First National Bank und der National Citybank wird den vorgesehenen Anteil von 110 Millionen Dollars übernehmen. Etwa 400 Banken in allen Teilen des Landes, darunter 50 in Neuyork, bewarben sich um Beteiligung an der Zeichnung. Die Obligationen werden **siebenprozentige Zinskupons haben**. Angesichts der Voranmeldungen auf die Obligationen der deutschen Anleihe, die auf eine bedeutende Zeichnung schließen lassen, empfahlen einige Bankiers die Festsetzung des Preises auf ungefähr 98 Prozent. Es besteht bereits unter den Banken ein lebhafter Wettbewerb, um genug Obligationen für die Nachfrage zu erhalten. Man sage, die aus dem Krieg stammende feindliche Stimmung sei durchaus verschwunden, was hauptsächlich der Annahme des Dawesplanes seitens Deutschlands zuzuschreiben sei.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 10. Oktober 1924.

* **Uebertragen** wurde die Pfarrei Unterhausen, Dekanats Reutlingen, dem Pfarrer Holzapfel in Aichelberg, Dekanats Calw.

— **Denkschrift über eine Abänderung der jetzigen Umsatzbesteuerung.** Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu den Problemen der Umsatzbesteuerung Stellung genommen. Die Denkschrift gibt einen Ueberblick über den Gang der bisherigen deutschen Umsatzsteuergesetzgebung seit 1916. Das deutsche System ist auf dem Grundsatz der Besteuerung jedes Umsatzes aufgebaut. Daneben stehen als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabrikats- oder Produktionssteuer, die in Oesterreich eingeführte Phasenpauschalierung, der Kleinhandelssteuer und der sogen. Siemens'schen veredelten Umsatzsteuer. Die Denkschrift bespricht diese Systeme und wägt die Vorteile und Nachteile ab, die sie im Verhältnis zu einander und zu dem deutschen System haben. Sie erörtert weiter die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen besonders nachdrücklich gerügte Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und die Belastung der Ausfuhr beseitigt oder gemildert werden könnten. Nach ausführlicher Stellungnahme zu diesen Problemen kommt die Denkschrift in einem Schlußwort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne und mit Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteueraufkommens für die deutschen Finanzen nicht erträglich sei. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuersatzes behoben werden. Die Frage, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt diese übrigens bereits durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Sept. 1924 begonnene Senkung fortgesetzt werden könne, hänge eng mit der anderweiten Deckung des Finanzbedarfs zusammen.

„Wallensteins Lager" in Kälberbronn: Der Gesangverein Frohsinn Unter- und Obermusbach hielt am letzten Sonntag ein Waldfest ab. Neben einer Reihe von sorgfältig ausgewählten Männerchören, die alle Heimat und Vaterland besingen, bot der Verein die Aufführung des Schauspiels Wallensteins Lager von Schiller. Da man in unserer Gegend kaum einmal Gelegenheit hat, ein Schauspiel unseres größten Dichters zu sehen, hat sich der Verein entschlossen, die ganze Veranstaltung am Sonntag den 12. Okt. von nachmittags 1/2 3 Uhr ab im Schwanen in Kälberbronn zu wiederholen. Das Schauspiel ist mit prächtigen Kostümen ausgestattet und fand begeisterten Beifall. Die Sänger und Sangesfreunde des östlichen Teils vom Bezirk Freudenstadt sowie vom anstoßenden Nagolder Bezirk werden hiemit auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Ein Besuch derselben wird sie sicher befriedigen.

* **Calw**, 9. Okt. (Das Fackeln.) Heuer wird wieder gefackelt! Vier Tage für das Kinderherz voll übermütiger, jauchzender Lust bringt dieses Fest mit sich. Und die Freude ist umso größer und lebhafter, da der alte Brauch nunmehr seit 10 Jahren nicht mehr geübt worden.

* **Sulz a. N.**, 6. Okt. (Neues Postgebäude.) Um den schon seit geraumer Zeit ungenügenden Raumverhältnissen des hiesigen Postamts abzuhelfen, hat die Reichspostverwaltung im September v. Js. den Bau eines neuen Posthauses neben dem Bahnhof in Angriff genommen, das trotz längerer Unterbrechung der Bauarbeiten durch den kalten Winter 1923/24 jetzt fertiggestellt und am 10. Okt. in Betrieb genommen wird.

Lesefrucht.

Entbehren heißt nicht unglücklich sein! Für jeden Menschen gibt es Dinge, auf die zu verzichten er sich gewöhnen muß. A. Godin.

Wessen Bild trägst Du im Herzen?

Von Erich Ebenstein.

19. (Nachdruck verboten.)

VIII.

Ueber Nacht gleichsam hatte die Welt sich verwandelt. In das behagliche Einerlei des Alltags fielen gleich Alarmschüssen Kriegserklärung um Kriegserklärung. Im Osten und Westen war die Fackel des Krieges entzündet worden und warf ihren blutigroten Schein weithin über die gesegneten Fluren des Vaterlandes.

Magelone stand am Fenster ihres Wohnzimmers und blickte beklommen hinab auf den weiten Kiesplatz vor dem herzoglichen Residenzschloß, wo dichtgedrängt Bataillon an Bataillon gereiht stand. Alle in feldgrauen Uniformen, alle marschmäßig ausgerüstet.

Der Herzog, begleitete von den Generalen, schritt die Front ab, während die Regimentskapelle das „Deutschland, Deutschland über alles" spielte. Der Feldbischof segnete die Truppen, der Herzog hielt eine Ansprache. Brausendes Hurrageschrei erschütterte für einen Augenblick die Luft, dann marschierten sie ab, ernst, aber mit leuchtenden Augen. Zu Sieg oder Tod, wie es das Schicksal dem einzelnen bestimmt haben mochte . . .

Seit Tagen wiederholte sich dies Schauspiel, und immer noch konnte es Magelone nicht fassen. Zu jäh war der Wechsel zwischen den stillen Tagen auf Hirschenau und dem Leben jetzt in der Residenz hier, das einem aufgestörten Bienenschwarm glich. Was hatte sich in den Tagen, seit sie hier war, nicht alles ereignet! Zuerst die Aufregung über den unerwarteten Entschluß des Erbprinzen, der durchaus darauf bestand, kein Kommando im Generalstab zu übernehmen, sondern mit den Truppen ins Feld zu ziehen.

Umsonst, daß der Herzog sich bemühte, ihm klar zu machen, welche Verpflichtungen seine Stellung ihm auferlege, wie kostbar sein Leben für das Land sei und daß er auch in dem ihm bestimmten Wirkungskreis seiner Pflicht gegen das Reich voll und ganz genügen könne.

„Ich bin Soldat durch und durch und fühle, daß ich nur als solcher etwas Tüchtiges leisten kann! Der Geist unserer Armee ist mein Werk; ich habe es mir in jahrelanger Arbeit wohl verdient, daß ich sie nun auch selbst zum Sieg führen darf! Mögen andere, die dazu mehr Befähigung haben, über den Karten sitzen und Pläne ausklügeln," war seine beständige Antwort auf die Vorstellungen des Herzogs.

Und er hatte seinen Willen durchgesetzt. Trotzdem gerade in diesen Tagen der kleine Erbprinz draußen in Hallerstein von neuem schwer erkrankt war und Hessolda ihn, alle Verwürfnisse vergessend, beschwor, seinen Entschluß doch wenigstens aufzuschieben, bis das Kind außer Gefahr sei.

Kühl, fast ungeduldig, hatte er sie abgewiesen. Weib und Kind — wer durfte jetzt daran denken, wo ringsum dem deutschen Reich Feind um Feind erstand? Wenn einer seiner Soldaten ihm damit gekommen wäre, er hätte ihn vor ein Kriegsgericht gestellt. . . . .

Magelone, die an diesem Tag nach Hallerstein gekommen war, um Hessolda zu besuchen und so Zeugin der Szene wurde, konnte nicht umhin, ihren Schwager zu bewundern. Wie ein antiker Held kam er ihr vor. Sie begriff, daß das Volk ihm, der früher wenig beliebt gewesen, nun allenthalben zujubelte, daß seine Soldaten für ihn durchs Feuer gingen.

Aber sie begriff auch, als sie danach in Hessoldas todtrauriges, blasses Gesicht sah, daß während dieser Minuten etwas in der Erbprinzessin gestorben war, das nie wieder lebendig werden konnte.

Gerade an dem Tag, da der Erbprinz dann ins Feld abreiste, traf die arme Hessolda ein zweiter Schlag. Dr. v. Seilern, der bisher die Behandlung ihres Kindes geleitet hatte, teilte ihr schonend mit, daß er in Anbetracht der Verhältnisse gezwungen sei, in die Heimat zurückzukehren, um dort seiner Gestellungspflicht nachzukommen.

Zwar hatte der Herzog, der seiner Schwiegertochter gern gefällig sein wollte und selbst überzeugt war, daß sein Enkelkind keinen besseren Händen anvertraut werden könnte, sofort versprochen, Schritte bei der Nachbarregierung zu tun, um für Dr. von Seilern einen Urlaub zu erwirken. Aber das ging natürlich nicht im Handumdrehen, und so mußte von Seilern fürs erste doch der Mobilisierungsorder Folge leisten.

Während seiner Abwesenheit hatte der Leibarzt die Weiterbehandlung Achims übernommen. Sehr widerwillig übrigens, denn Seilern hatte ihm bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Weisungen dafür hinterlassen, was Medizinalrat v. Wenkheim im vertrauten Kreise für eine unglaubliche Frechheit dieses Eindringlings erklärte.

Und ihr eigenes Schicksal? Magelone seufzte tief auf, so oft sie daran dachte.

Grau in grau lag es vor ihr. Auch Egon würde ins Feld müssen, natürlich. Auch er ging gern. Auch er war voll leidenschaftlicher Begeisterung und schien keinen anderen Gedanken zu haben, als den Krieg.

Und doch war Magelone überzeugt, daß alles zwischen ihnen anders, besser geworden wäre, wenn das Schicksal ihnen vergönnt hätte, nur noch einige Tage länger in Hirschenau zu bleiben.

Sie hätten sich gefunden. Bestimmt! Leuchtete doch damals, ehe Knauer sie so jäh aufstörte, etwas Süßes, Warmes verheißungsvoll in seinen Augen auf. Morgenrot der Liebe! hatte sie damals gedacht.

Aber jenes Telegramm hatte alles zerstört. In Hast und Eile waren sie zurückgereist. Tag und Nacht ohne Unterbrechung. Egon war nicht mehr so frostig höflich gewesen wie auf der Hochzeitsreise. Er plauderte zuweilen sogar herzlich mit ihr und ließ sich sichtlich gern erzählen über ihr Leben auf Heidhausen, fragte um dies und jenes, als interessiere es ihn nun, sie kennen zu lernen.

Dennoch hatte sie das deutliche Gefühl, als beherrschten ihn innerlich Gedanken, von denen sie nichts wußte. Eine Unruhe, halb froher, halb ängstlicher Natur, die er sich bemühte, vor ihr zu verbergen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 9. Okt. (Vom Landtag.) Im Geschäftsordnungsausschuß des Landtags wurde ein Antrag Ulrich betr. Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Becker und Schneck, die in Leipzig zu 2 bzw. 3 Jahren Gefängnis wegen Verbrechens gegen das republikanische Schutzgesetz und wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden waren, gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Minderheit stand auf dem Standpunkt, daß zur Strafvollstreckung die Genehmigung des Landtags notwendig sei. Der Oberreichsanwalt und die Reichsregierung sind anderer Ansicht. In einer Reihe von weiteren Fällen, bei denen es sich um Preßvergehen und Beleidigung der Polizei durch kommunistische Abgeordnete handelt, versagte der Ausschuß die Genehmigung zur Strafverfolgung, desgleichen bezüglich des bauernbündlerischen Abgeordneten Werwag, der beschuldigt ist, zur Nichtbezahlung von Steuern aufgefordert zu haben.

Stuttgart, 9. Okt. (Aus dem württ. Staatshaushalt.) Die Erläuterungen zu dem Etat enthalten einige bemerkenswerte Einzelheiten. So werden für die Verbreiterung der St. Wolfangsbrücke in Mergentheim 80 000 Mk. gefordert. Diese Verbreiterung ist dringend, da bei der geringen Breite der Brücke (3,6 Meter zwischen den Brüstungen) die Sicherheit der die Brücke begehenden Personen gefährdet ist. Für die Neckar-Enz-Wasserversorgungsgruppe werden 190 000 Mk. angefordert. Dieser Betrag soll im Hinblick auf die Schwierigkeiten, in die das Unternehmen geraten ist, nicht auf zwei Jahre verteilt, sondern vollständig 1924 gewährt werden. — Die Milchwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt in Wangen i. A. soll rückwirkend vom 1. April ds. Js. ab vom Staat übernommen werden. Der Verein ersetzt dem Staat die Hälfte der Personallasten für den Schulbetrieb, trägt die gesamten sachlichen Lasten und führt den mit der Anstalt verbundenen Käsereibetrieb auf eigene Rechnung weiter. Die Anstaltsgebäude bleiben im Eigentum des Vereins. — Eine Umstellung der Bauhandwerkerschulen, die voraussichtlich mit den Gewerbeschulen in engeren Zusammenhang gebracht werden sollen, ist eingeleitet und wird im Laufe des Jahres durchgeführt werden. — An der Technischen Hochschule ist die Errichtung einer außerordentlichen Professur für Maschinenelemente, Getriebelehre und Maschinenkunde ein unabweisbares Bedürfnis geworden. — Der Beitrag fürs Landestheater beträgt 300 000 Mk. Der Personalstand ist von 531 im Jahre 1922 auf 483 zurückgegangen. Die Zahl der planmäßigen Stellen wurde von 510 auf 476 herabgesetzt und der Zuschußbedarf von 549 000 auf 300 000 Mk. vermindert. — Was die Staatseinnahmen anlangt, so stehen die Erträgnisse aus den Forsten mit 10 842 000 Mk. weitaus an erster Stelle. Nach den neuesten Untersuchungen der Forsteinrichtungsanstalt ist es unmöglich, eine höhere Nutzung als 1 050 000 Fm. einzustellen. Als Einheitspreis für 1 Fm. werden nach dem Stand vom August 1924 etwa 19 Mk. angenommen. Durch die Abgabe von Bauhol zan die Wohnungskreditanstalt und für staatliche Bauten, sowie von Brennholz an Staatsanstalten unter Preisermäßigung haben sich nicht unbedeutende Einnahmenausfälle ergeben.

Chemische Prüfung des neuen Weins. Die bisher vom chem. Untersuchungsamt der Stadt Stuttgart untersuchten diesjährigen Weine haben ausnahmslos die Luftprobe nicht bestanden, d. h. sie wurden an der Luft stehend, nach kurzer Zeit braun (Brauner Bruch). — Es empfiehlt sich daher, jeden neuen Wein nach dieser Richtung hin zu prüfen. Hält er die Luftprobe nicht, so empfiehlt es sich, durch einen Chemiker die Höhe der in solchen Fäller erforderlichen Zugabe von Kaliumpyrosulfit ermitteln zu lassen.

Verständigung zwischen Robert Bosch und Eisenmann. Die Robert Bosch A.-G. wie die Eisenmannwerke A.-G. haben sich zur Verbilligung ihrer Erzeugnisse verständigt über den gemeinsamen Bezug von Rohstoffen und vermehrte Lieferung von Halberzeugnissen. Diese Verständigung der zwei ältesten Wettbewerber ist außerordentlich bedeutungsvoll.

Urach, 9. Okt. (Tödlicher Unfall.) Als Mittwoch Mittag 12 Uhr der 60jährige Holzarbeiter Joh. Gg. Kleebauer von der Arbeit nach Hause ging, wurde er von einem jugendlichen Radfahrer von Grabenstetten überfahren und derart am Kopf verletzt, daß er, ins Bezirkskrankenhaus verbracht, am Abend seinen Verletzungen erlegen ist.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Ein abgebauter Steuerinspektor hatte sich in Kirchheim a. N. in einer Wirtschaft einlogiert. Unter allerlei Vorwänden verschwand der Herr Inspektor nach einigen Tagen, ohne seine Zeche zu bezahlen. Dem Landjäger gelang es aber noch, den Inspektor zu fassen.

Der Gemeinderat in Sulz a. N. beschloß, das staatliche Salinegelände anzukaufen. Der Preis beträgt 90 000 ℳ. Die Hälfte der Summe muß bar am 15. Okt., der Rest in drei zu 15 Proz. verzinslichen Zielern am 1. Nov., 1. Dezember und 2. Januar bezahlt werden.

Zwei Knaben im Alter von 11 und 13 Jahren haben in einem Holzschuppen am Hause der Witwe Jutzeler in Trailfingen, OA. Urach, Stroh und Holz angezündet, so daß ein Brand ausbrach, der aber von herbeigeeilten Leuten noch gelöscht werden konnte.

Der in Crailsheim verheiratete 28jährige Gg. Hofmann, der seit einigen Tagen vermißt wurde, ist auf der Markung Ingersheim tot aus der Jagst gezogen worden. Ob Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Landwirt J. Munz in Birkenlohe, OA. Gaildorf, fand beim Pflügen auf seinem Acker 94 Silbermünzen, die zum Teil aus der Zeit des 30jährigen Krieges stammen und die Jahreszahl 1634 tragen. Andere, die späteren Datums sind, tragen das Bild Maria Theresias.

Buntes Allerlei.

Neuer Freundschaftsvertrag der Türkei. Die in Angora abgehaltenen Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen der türkischen und tschechoslowakischen Regierung führten laut Anatolischer Telegraphenagentur zu einem guten Ende. Der Vertrag wird am Samstag unterzeichnet.

Beleidigung des Reichspräsidenten. Der Landwirt Hoferichter wurde laut „Vossischer Zeitung" in Hirschberg wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er am 6. April in einer Wahlversammlung geäußert hat, Reichspräsident Ebert habe es durch seine Tätigkeit für die Sozialdemokratie und die Republik bereits bis auf 33 Rittergüter gebracht.

Riesenbrand in Gelsenkirchen. Auf der Zeche Holland Schacht 3—4 brach nachmittags im Anthrazitlager Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Lager in Brand setzte. Die hinter dem Lager liegende Teerdestillation geriet gleichfalls in Brand. Riesige schwarze Rauchwolken zogen in der Richtung des Bahnhofs von Gelsenkirchen nach Wattenscheid. Zeitweise mußte die Straßenbahn und der Automobilverkehr infolge der dichten Rauchwolken eingestellt werden. Der entstandene Schaden dürfte sehr groß sein.

Tod auf dem Tanzboden. Der 77jährige Ludwig Gehlich aus Altenbamberg besuchte in Bingert die Kirchweihe, wo er sich nach Begrüßung seiner zahlreich erschienenen Verwandten in den Tanzsaal des Gastwirts Kurz begab. Der von der Musik eben gespielte Walzer veranlaßte den alten Mann, die Tochter des Wirts zu einem Ehrentanze aufzufordern. In der ersten Runde brach er plötzlich infolge eines Herzschlags zusammen.

Zugs-Entgleisung. Bei der Entgleisung des Expreßzuges Paris—Rom wurden sechs Personen getötet und fünfzehn schwer verletzt. Bei dem Eisenbahnunglück bei Santa Margherita in Ligurien wurde außer den drei Eisenbahnbeamten auch ein römischer Großindustrieller und die Frau des Gesandten von Columbien in Rom getötet. Die Verletzten wurden bis auf drei aus dem Krankenhaus wieder entlassen.

Ein Zentner gefälschte Aktien. Die „Berliner Ztg." meldet: Der Direktor der Ketschendorfer Viktoria G. m. b. H., Walter v. Blumenthal und Vorstandsmitglied der Batavia-Filmverleih-A.-G. in Berlin, Direktor Ludwig Reek, die wegen Betrugs mit gefälschten Aktien bei der brandenburgischen Girozentrale beschuldigt werden, flohen im Automobil aus Berlin. Die bisher von der Berliner Kriminalpolizei beschlagnahmten gefälschten Aktien haben ein Gewicht von ungefähr einem Zentner. Gefälscht wurden Aktien der Elberfelder Glanzstoffabriken, der Magdeburger Bergwerks-A.-G. und der Bremer Wollkämmerei-A.-G. Nach den vorläufigen Feststellungen handelt es sich bei dem Betrug um 2 Millionen Goldmark, die bei verschiedenen Stadtsparkassen und kleineren Banken erhoben wurden. Die Blätter erfahren weiter, daß sich ferner Aktien der Neuessener Steinkohlen A.-G., der Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hüttenbetriebe A.-G. und der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau im Umlauf befinden sollen. — Nach neuerer Meldung gelang es der Kriminalpolizei, heute nacht den Baron Blumenthal zu verhaften. Auch der Chauffeur Braun, der mit Direktor Reek weggefahren sein sollte, wurde ermittelt.

Die russische Mißernte. In der zweiten Sitzung des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees bezeichnete der Vertreter des Volkskommissariats für Landwirtschaft als Ursache der Mißernte vor allen Dingen die zurückgebliebene Form der landwirtschaftlichen Arbeitsweise. Die landwirtschaftliche Produktion bezifferte er auf 1717 Millionen Pud gegenüber 1824 Millionen Pud im Vorjahre. Kalinin teilte mit, daß die Regierung für den Wiederaufbau der durch die Ueberschwemmung zerstörten Stadtteile Petersburgs 16 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt habe.

Handel und Verkehr.

Amtliche Berliner Devisenkurse vom Donnerstag, den 9. Oktober.
Die Kurse verstehen sich in Billionen Papiermark.

	8. Geld	8. Brief	9. Geld	9. Brief
Amsterdam 100 Gulden	163.19	164.01	163.59	164.41
Buenos Aires 1 Peso	1.56	1.57	1.55	1.57
Brüssel 100 Kronen	20.—	20.10	20.—	20.10
Christiania 100 Kronen	60.05	60.35	59.95	60.25
Kopenhagen 100 Kronen	73.42	73.78	74.81	75.19
Italien 100 Lire	18.175	18.275	18.17	18.27
London 1 Pfund Sterling	18.69	18.78	18.785	18.875
Neuyork 1 Dollar	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Franken	21.89	21.99	21.81	21.91
Schweiz 100 Franken	80.20	80.60	80.40	80.80
Spanien 100 Pesetas	55.61	55.89	55.76	56.04
Wien 100 000 Kronen	5.915	5.940	5.915	5.940
Prag 100 Kronen	12.47	12.53	12.49	12.54

Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 7. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Stat. Reichsamts zog gegenüber dem Stande vom 30. September (131.5) weiter um 1.7 Prozent auf 133.7 an. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit Lebensmittel von 128.0 auf 133.0 oder um 3.9 Prozent, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 119.4 auf 124.6 oder um 5.2 Proz., während Industriestoffe von 138.1 auf 134.8 oder um 2.4 Proz., davon die Gruppe Kohle und Eisen von 128.5 auf 121.9 oder um 5.1 Proz. zurückgingen. Inlandswaren zogen von 126.1 auf 128.2 oder um 1.7 Proz. und Einfuhrwaren von 158.6 auf 160.9 oder um 1.5 Proz. an.

Berliner Börse, 9. Okt. Die Tendenz der heutigen Börse kann im allgemeinen als lustlos bezeichnet werden. Am Anleihemarkt war Abgabeneigung vorherrschend.

Frankfurter Börse, 9. Okt. In der Geschäftstätigkeit der Börse zeigte sich eine neue Beunruhigung, hervorgerufen durch die englische Regierungskrise. Im allgemeinen herrschte große Abgabeneigung vor. Im weiteren Verlauf wandte sich das gesamte Interesse dem Anleihemarkt zu, dessen Kurse weitere Erhöhungen erfuhren.

Stuttgarter Börse, 9. Okt. Die Börse wies keine wesentlichen Veränderungen auf. Ohne große Umsätze hielten sich die Kurse unverändert auf dem Stand von gestern.

Amtliche Berliner Produktennotierungen vom 9. Okt. Weizen märk. 235—244 ℳ, matt; Roggen märk. 230—244, matt; Sommergerste märk. 280—300; Futtergerste 215—225; Hafer märk. 187—195, matt; Weizenmehl 24,25—37,25; Roggenmehl 34,25—37; Weizenkleie 14,75; Roggenkleie 13,75; Raps 400—410, fest; Leinsaat 440—450; Viktoriaerbsen 34—38; Speiseerbsen 24—27 ℳ.

L.G. Landesproduktenbörse Stuttgart, 9. Okt. Es notierten 100 Kilo: Weizen 28—26; Gerste 22—28,75; Roggen 22—25,5; Hafer 15,5 bis 20; Weizenmehl 40—41,5; Brotmehl 36—37,5; Kleie 12—12,5; Wiesenheu 6,5—8; Kleeheu 8—9,5; Stroh 4—5,5 ℳ.

Fruchtpreise. In Aulendorf kostete Roggen 12, alte Gerste 13, neue 12 ℳ; in Mengen Weizen 14,8, Roggen 10,8; Gerste 13,5; Haber 9,5—10 ℳ.

Produktenbörse Karlsruhe, 8. Okt. Weizen neu 25—26; Roggen neu, gesund 25,5—26; Sommergerste neu, gesund 29—32; Haber neu, gesund 20,5—22; ausgesprochen minderwertige Waren entsprechend billiger. Mais mit Sack 20,25—21; Weizenmehl (Mühlenforderung) 39,5—40; Roggenmehl 38,5—39,25; Mehl ist zweithändig billiger zu haben; Weizen- und Roggenfuttermehl 16,5—16,75; Weizen- und Roggenkleie 12,25—12,55; Spezialfabrikate entsprechend teurer; Biertreber 16,5—17; Malzkeime 15—15,5; loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 8,5—9; Luzerne 10,25—10,5; Weizen- und Roggenstroh (drahtgepr.) 5—5,5, alles per 100 Kilo; Mehl, Mühlenfabrikate und Mais mit, Getreide ohne Sack; Frachtparität Karlsruhe.

Produktenbörse Mannheim, 9. Okt. Weizen 24,5—26,75; Roggen 24,75—25,25; Gerste 28,5—33,25; Haber 20,5—25,75; Mais 20,75; Weizenmehl Spez. 0 39,25—39,5; Roggenmehl 38—38,5 ℳ pro 100 Kilo. Tendenz fest.

S.C. Stuttgart, 9. Okt. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 101 Ochsen, 29 Bullen, 184 Jungbullen, 182 Jungrinder, 61 Kühe, 473 Kälber, 668 Schweine, 98 Schafe, 1 Ziege. Für 1 Pfund Lebendgewicht wurden bezahlt: Ochsen erste Qualität 43—47, zweite 34—40; Bullen erste 45—48, zweite 34—41; Jungrinder erste 50—55, zweite 43—48, dritte 35—41; Kühe erste 34 bis 39, zweite 20—31, dritte 14—18; Kälber erste 78—80, zweite 73 bis 76, dritte 60—69; Schweine erste 88—90, zweite 82—86, dritte 78 bis 78; Hammel 68—72; Schafe 45—60 ℳ. Verlauf des Marktes: mäßig belebt; alles wurde verkauft.

Mannheim, 9. Okt. Dem Viehmarkt waren zugeführt: 16 Schafe, 98 Kälber, 208 Schweine und 371 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurde für Kälber 60—64, Schweine 74—92 ℳ für die 50 Kilo Lebendgewicht; für Ferkel und Läufer 7—20 ℳ das Stück. Markt verlauf: mit Kälbern mittelmäßig, geräumt; mit Schweinen ruhig, Ueberstand; Ferkel und Läufer mittelmäßig.

Mostobst-, Kartoffel- und Filderkrautmarkt Stuttgart, 9. Okt. Auf dem Wilhelmsplatz betrug die Zufuhr an Mostobst 2000 Zentner, Zentnerpreis 5,8—6 ℳ. Dem Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz waren 1400 Zentner zugeführt; Zentnerpreis 4,8—5 ℳ. Die Zufuhr auf den Filderkrautmarkt betrug 300 Zentner, Zentnerpreis 4,5—5 ℳ.

Stuttgart, 9. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof sind seit dem 6. Oktober 71 Wagen Mostobst neu zugeführt, und zwar 1 aus Württemberg, 52 aus Oesterreich, 8 aus der Schweiz und 10 aus Italien. Heutiger Stand 41 Wagen. Nach auswärts sind 30 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo von 980—1100 ℳ, und zwar für Obst aus Oesterreich und der Schweiz 1000—1100 ℳ, aus Italien 980—1050 ℳ; im Kleinverkauf 5,8—5,9 ℳ für 50 Kilo. Marktlage lebhaft.

* **Haslach, 7. Okt.** Der heutige Schweinemarkt war mit 3 Läufern und 476 Ferkeln befahren. Bezahlt wurden für Ferkel 10—35 Mk. pro Paar. Die Läufer kosteten 90 Mark. Geschäftsgang war gut.

Mutmaßliches Wetter.

Das Wetter in Süddeutschland wird vorwiegend durch den Hochdruck im Osten beeinflußt, wobei die Depression im Westen kaum zur Geltung kommt. Für Samstag ist deshalb in der Hauptsache trockenes und heiteres Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Der Plan des Reichskanzlers gescheitert.

WTB. **Berlin,** 9. Okt. In der Aussprache, die heute nachmittag zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Fraktionsführern stattfand, wurde von den sozialdemokratischen Unterhändlern erneut betont, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit sei, der vom Reichskanzler aufgrund seiner Richtlinien erstrebten Regierungserweiterung zuzustimmen. Sie stellten indes fest, daß der gestrige Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit den Absichten des Reichskanzlers unvereinbar sei und daß sie **daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert** betrachten.

WTB. **Berlin,** 9. Okt. In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Beauftragten der deutschnationalen Volkspartei wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen Lage Kenntnis. Der Reichskanzler teilte hierauf mit, **daß er nunmehr die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten als erledigt ansehe** und sich morgen erneut mit den Parteien über den jetzt einzuschlagenden Weg ins Benehmen setzen werde.

Kurz nach der Besprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien trat den Blättern zufolge das Reichskabinett zusammen. Gegenstand der Erörterungen waren auch hier die gestrigen Fraktionsbeschlüsse. Eine eingehende Aussprache fand vornehmlich über den Brief der Sozialdemokraten an den Reichskanzler und über die deutschnationale Entschließung statt. Wie die Parteiführer der Koalition, so stimmte auch das Kabinett den weiteren Verhandlungen über die Volksgemeinschaft zu.

WTB. **Berlin,** 9. Okt. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, entsandte die Deutsche Volkspartei die Parteiführer Dr. Scholz und Dr. Curtius zum Reichskanzler, um diesem mitzuteilen, daß nach ihrer Auffassung der Reichskanzler jetzt seine Bemühungen in Richtung der Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung einsetzen müsse.

WTB. **Berlin,** 9. Okt. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler die Mitteilungen der Abgg. Dr. Scholz und Dr. Curtius bezüglich ihrer Ansicht über die Regierungsbildung entgegennahm und ihnen ankündigte, daß er für morgen Freitag Vormittag die Führer der Koalitionsparteien zu einer neuen Besprechung einladen werde. Die beiden Abgg. hatten darauf eine Besprechung mit dem deutschnationalen Abg. Hergt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Festsetzung der Abfahrt des Z. R. III nach Amerika.

WTB. **Berlin,** 10. Okt. Blättermeldungen aus Friedrichshafen zufolge ist der Termin für die Abfahrt des Z. R. III nach Amerika nunmehr auf Sonnabend Vormittag 8 Uhr festgesetzt worden. Für heute Freitag haben sich mehrere südamerikanische Diplomaten zum Besuch in Friedrichshafen angesagt, die das Luftschiff vor der Abfahrt besichtigen wollen.

Die Aufwertung der Anleihen.

WTB. **Berlin,** 9. Okt. Der Aufwertungsausschuß des Reichstags gab in seiner heutigen Sitzung einmütig der Ansicht Ausdruck, daß jeder zu spekulativem Zwecke erworbene Besitz an öffentlichen Anleihen von etwa zu treffenden Neuregelungen des Aufwertungsproblems ausgeschlossen sein müsse.

Das englische Parlament vertagt.

WTB. **London,** 9. Okt. Das Parlament hat sich heute vertagt. Die Neuwahlen finden am 29. 10. statt. Das neue Parlament wird eine oder zwei Wochen darauf wieder zusammentreten.

WTB. **London,** 9. Okt. Die königliche Zustimmung zur irischen Vorlage wurde erteilt.

Im Oberhaus verlas der Lordkanzler eine Thronrede, wodurch das Parlament vertagt wird. Die Thronrede erwähnte die auswärtige Politik, aber nicht die Ereignisse, die zur Parlamentsauflösung führten.

Weitere Maßnahmen in der Preisabbauaktion?

WTB. **Berlin,** 10. Okt. Die „Vossische Zeitung" meldet, daß gestern zwischen den zuständigen Stellen Beratungen über weitere Maßnahmen im Rahmen der Preisabbauaktion stattgefunden hätten. Man gehe mit dem Plane um, mit Hilfe einer Lockerung verschiedener Einfuhrverbote Einfluß auf die Preisbildung auszuüben. Desgleichen sei ein Vorgehen auf dem Kredit- und Kartellgebiet ins Auge gefaßt.

20 vergrabene Geschütze.

WTB. **Berlin,** 10. Okt. Pariser Blätter melden aus Berlin, daß in einer Kaserne in Dresden von der interalliierten Kontrollkommission 20 vergrabene Geschütze gefunden worden seien. Die „Vossische Zeitung erfährt dazu aus Dresden, daß tatsächlich 20 Geschütze gefunden worden sind, doch handle es sich um alte ausrangierte Stücke, die schon seit 20 Jahren auf dem Königsbrücker Schießplatz als Schießscheiben verwendet wurden und vollständig unbrauchbar und ohne Verschluß seien.

Die Freilassung Schulz-Försters.

WTB. **Budapest,** 9. Okt. Heinrich Schulz-Förster wurde heute in die Kanzlei des Gefängnisses der Staatsanwaltschaft gebracht, wo ihm der Freilassungsbescheid verkündigt wurde. Das Freilassungsprotokoll wurde unterzeichnet und da 2 Detektive der Staatspolizei anwesend waren, die sofort Aufzeichnungen über den von Schulz-Förster gewünschten Aufenthaltsort machten, erschien seine zu diesem Zwecke angeordnete Vorführung bei der Oberstaatshauptmannschaft überflüssig. Schulz-Förster verließ mit einem kleinen Paket, in dem er seine Utensilien hatte und 35 000 Kronen Bargeld sofort das Gefängnis und soll sich wieder nach Nagyteteny begeben haben.

Neue Reichsmünzen.

WTB. **Berlin,** 9. Okt. Der Reichsrat erklärte sich mit der Ausprägung von weiteren Rentenpfennigmünzen, die in Zukunft Reichspfennige heißen sollen, im Betrage von 30 Millionen Mark einverstanden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig

Amtliche Bekanntmachungen.

Wassertriebwerk der Firma Gebrüder Seeger, Rohrdorf.

Die Firma Gebr. Seeger, Wollspinnerei in Rohrdorf beabsichtigt am Wehr ihres an der Nagold gelegenen Wassertriebwerks T 18 den Stauwasserspiegel 5 cm höher als seither genehmigt zu legen. Sie sucht hiezu um die erforderliche gewerbepolizeiliche Genehmigung und um Verleihung des erhöhten Wassernutzungsrechts nach.

Die Pläne liegen beim Oberamt Nagold zur Einsichtnahme auf. Einwendungen gegen das vorliegende Gesuch sind binnen 14 Tagen beim Oberamt schriftlich anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können dieselben in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

Nagold, den 9. Oktober 1924.

Oberamt: J. A. Dr. Merkt, stv. Amtmann.

Ettmannsweiler.

Stammholz-Verkauf.

Am **Montag, den 13. Oktober d. J., nachmittags 2 Uhr** kommen auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

217 St. Forchen mit 147,69 Fstm.

in 4 Losen.

Die Abfuhr ist günstig.

Gemeinderat.

Für die Sonntags-Nummer unseres Blattes bestimmte

Anzeigen

bitten wir möglichst noch heute Nachmittag aufzugeben.

Altensteig.

Die Abfuhr von ca.

250 Kubikmtr. Erdaushub

hat im Akkord zu vergeben.

Joel Walz.

Alle Druckarbeiten

für den privaten, geschäftlichen und amtlichen Verkehr liefert in kürzester Zeit und in sauberster Ausführung bei billigen Preisen

die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Telefon Nr. 11 **Altensteig** Telefon Nr. 11

Gesangverein Frohsinn Unter- und Obermusbach.

Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 1/4 3 Uhr

im „Schwanen" in Kälberbronn

Unterhaltungs-Abend

mit Männerchören und Aufführung

WALLENSTEINS LAGER von Schiller.

Altensteig.

Faß-Korken

spitze und gerade Korken

Schwefel-Schnitten

Faß-Unschlitt

empfiehlt

Chr. Burghard jr.

Radfahrer-Verein Altensteig.

Am Sonntag, den 12. Oktober, mittags 4 Uhr findet im Waldhorn die jährliche

Hauptversammlung

statt.

Wahlen — Sonstiges.

Der Ausschuß.

Nicht

1 Paket Seifenpulver

sondern

1 Paket Dixin

müssen Sie verlangen - dann haben Sie die Sicherheit, ein wirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **Dixin** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Waschwirkung und für jeden Waschzweck geeignet

Simmersfeld.

Am Sonntag, den 12. Oktober

Metzelsuppe

mit neuem Wein

bei musikalischer Unterhaltung

wozu freundlichst einladet

J. Stoll z. „Anker".

Landw. Bezirksverein Calw.

Düngerätzkalk

ist eingetroffen und ist am nächsten Samstag abzuholen.

Die Geschäftsstelle.

Der neue Taschenfahrplan

Große Ausgabe Mk. 1.30
Kleine Ausgabe „ —.60

ist erschienen und zu haben in der

W. Riekersche Buchhandlung, Altensteig.

Aichelberg.

Ein Paar junge, fleischige

Zugochsen

hat zu verkaufen **Gustav Frey.**

Nagold.

Löwen-Lichtspiele

Samstag Abend 8.15 Uhr, Sonntag 2.15, 4.30, 8.15.

Das fliegende Auto

in 6 Akten

Abenteuer eines Vielgesuchten

Hauptdarsteller der berühmte

Detektiv Harry Piel.

Spannend von Anfang bis Ende.

Sowie Lustspiel.

Gestorbene.

Calw: Wilhelm Klingel, Gipsermeister, 43 J.

Verloren

ging auf der unteren Nagoldtalstraße ein Sack

Leinmehl.

Der ehrliche Finder wird gebeten, dem Krankenhaus in Altensteig Mitteilung über den Verbleib zu machen, damit derselbe abgeholt werden kann.

Altensteig.

Zwetschgen

hat abzugeben

Joh. Kaltenbach, Seifens.

Ein schönes

Läuferschwein

hat zu verkaufen,

wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.

Wasserleitungs-Hahnen

bester Qualität, in jeder Größe empfiehlt

Heinrich Müller

Flaschnerei und Installationsgeschäft beim 3 König.

Birnen zum Einschlagen

kauft

Karl Theurer

Restaurateur

Altensteig.

Aelteres

Mädchen

sucht auf 15. Okt. Stellung im Schwarzwald zu älterer Dame oder Herrn.

Angebote erb. unt. **C. M. 500** an die Geschäftsst. d. Bl.

Beihingen.

Ch. Broß

verkauft einen schweren fehlerfreien

Zug- oder Schlachtochsen

und kann jeden Tag ein Kauf abgeschlossen werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw